

NIEDERSCHRIFT UA/0024/2025

über die Sitzung des **Umweltausschusses** am 02.09.2025 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Ralf Flüchter

Ausschussmitglieder:

Herr Bernd Kösters
Herr Peter Rose
Herr Franz Josef Schulze Thier
Frau Dagmar Caluori
Frau Sarah Bosse
Herr Matthias Clemens Schürmann

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NRW:

Frau Petra Beil
Herr Markus Nowak
Herr Michael Röschenkemper

Vertretung für Birgit de
Wendt

Frau Irmgard Ueding

Vertretung für Herrn
Michael Wentges

Von der Verwaltung:

Frau Michaela Besecke
Frau Julia Neumann

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Der Vorsitzende Ralf Flüchter stellt zuerst fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Danach begrüßt der Ausschussvorsitzende Herrn Röschenkemper, der am heutigen Tag seine Tätigkeit als sachkundiger Bürger in diesem Ausschuss aufnimmt. Die Verpflichtungserklärung wird von Herrn Flüchter verlesen und von Herrn Röschenkemper wiederholt.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden

Frau Neumann erläutert anhand einer Präsentation die verschiedenen Standorte der vorhandenen Photovoltaikanlage auf öffentlichen Gebäuden (siehe Anlage 1 im Ratsinformationssystem der Stadt Billerbeck).

Frau Neumann stellte die bestehenden Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden vor. Insgesamt sind 237 kWp installiert, mit der größten Anlage auf dem Freibad und der kleinsten auf der Feuerwehr. Zwei Speicher (Aula, neue Feuerwehr) sind vorhanden; eine weitere Anlage ist zukünftig auf der Zweifachhalle vorgesehen. Hier wäre eine Vernetzung zu den benachbarten städtischen Gebäuden sinnvoll.

Weitere städtische Gebäude wurden geprüft, sind aber ungeeignet.

Bei der neuen Feuerwehr wurde aufgrund von Förderbedingungen nur eine kleine Anlage mit Speicher errichtet; eine begrenzte Autarkie ist möglich, zusätzlich steht ein Notstromaggregat zur Verfügung. Die Nachrüstung mit Speichern wird zukünftig wahrscheinlich auch für weitere Gebäude interessant.

Im Freibad versorgt die PV-Anlage die Pumpen, nicht jedoch die Warmwasserbereitung.

Der Tagesordnungspunkt dient der Information.

2. Bericht des Klimaschutzmanagements zu verschiedenen Themen

Frau Neumann erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2 im Ratsinformationssystem der Stadt Billerbeck) verschiedene Themen im Bereich des Klimaschutzmanagements.

Zum Thema BürgerSolarBerater weisen wir auf die Informationsseite des Kreises Coesfeld: <https://klima.kreis-coesfeld.de/klima/buergersolarberatung> sowie die Seiten von metropol-solar <https://buergersolarberatung.de/angebote/schulung/> hin.

In dem beschriebenen Modul 1 werden die Grundlagen von Photovoltaikanlagen vermittelt. Im 2. Kursteil werden Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Ertragsprognosen erlernt. Abschließend erfolgt eine sogenannte Tandemphase, in der ein Berater von metropol-solar anhand von Beispielen unterschiedlichste Beratungssituationen übt.

Grundsätzlich sollen sich die Ein- und Zweifamilienhausbesitzer nach der Beratung durch einen Solarberater selbständig um die Einholung von Angeboten kümmern, die dann unter Umständen auch mit dem Solarberater betrachtet werden können.

Am 16. September findet ein kreisweites Treffen (Schulze Frenking, Notuln) der ausgebildeten, unabhängigen Solarberater statt. Hier sollen Informationen ausgetauscht und eine mögliche Vernetzung untereinander erfolgen.

Rückfragen hinsichtlich der Finanzierung (Frau Beil) und Zusammenarbeit mit Firmen (Herr Kösters) werden von Frau Neumann wie folgt beantwortet:

- Finanziert werden die Schulungen zu 50 % vom Kreis und zu 50 % durch die jeweilige Kommune.
- Die Zusammenarbeit der Solarberater mit bestimmten Firmen ist grundsätzlich nicht gewünscht im Hinblick auf die Neutralität und Unabhängigkeit.

Zum Thema Förderprogramm der Dach- und Fassadenbegrünung wird auf die Präsentation hingewiesen.

Ergänzend stellt Frau Besecke fest, dass dieses Förderprogramm sehr positiv aufgenommen und in Anspruch genommen wurde.

Zum Thema Quartiersberatung wird ebenso auf die Präsentation hingewiesen.

Ergänzend wird von Frau Neumann darauf hingewiesen, dass der Durchführungszeitraum am 29.09. beginnt und endet am 12.12.2025. Organisatorisch sieht es so aus, dass Frau Neumann die vollständige Liste an die Verbraucherzentrale weiterleitet. Die Verbraucherzentrale nimmt dann Kontakt zu den Energieberater auf, die im Umkreis der Verbraucherzentrale angeschlossen sind und diese wiederum vereinbaren anschließend die Termine mit den Hausbesitzern.

Auf Nachfrage von Frau Caluori, ob eine Erweiterung des Beratungsumfanges möglich ist, wird dieses von Frau Neumann bejaht.

Anschließend weist Frau Neumann auf einige Aktionen des Nachhaltigkeitszentrums hin – siehe Präsentation (Besuch des Landrats / Ausstellung).

Abschließend informiert Frau Neumann die Anwesenden darüber, dass die bisherige Klimaschutzwoche umbenannt wird in Klimawoche. Diese findet vom 06.10. bis 19.10.2025 statt. Die Auftaktveranstaltung ist am 30.09.2025 in Dülmen im Forum Bendix. Themen sind dieses Jahr: Energiespeichersysteme und allgemein Klimaanpassungsmaßnahmen.

Der Tagesordnungspunkt dient der Information.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Juni 2025 hier: Prüfung der Verwendung von Fördermitteln (KfW 444) Ersatz- pflanzung von Straßenbäumen

Frau Caluori weist auf den eingereichten und bereits bekannten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin. Sie betont, dass aus dem Blick von oben auf Billerbeck viele Flächen begrünt sind – dennoch sind noch

freie Flächen /Ecken erkennbar, wo noch Bäume ergänzt werden könnten, u.a. an der neuen Feuerwehr / Kreuzung Kentrup. Zu bedenken gibt Frau Caluori, dass es sich hierbei um Hitzeflächen handle. Das bereits bekannte Förderprogramm, welches u.a. für die Schulhofgestaltung genutzt wird, sollte ausgeweitet bzw. geprüft werden, da vielmehr möglich sei. Sie weist darauf hin, dass sowohl Personalkosten als auch technische Ausstattung (z.B. ein Mahdgutaufnahmefahrzeug) gefördert werden könnten.

Seitens der Verwaltung teilt Frau Besecke mit, dass der Verwaltung das Förderprogramm bekannt ist – die Förderbedingungen allerdings sehr hoch und umfangreich sind. Gerade die Neupflanzung von Straßenbäumen stellt ein hohen Anspruch an die Baumstandorte. Zudem weist Frau Besecke darauf hin, dass nicht vergessen werden darf, dass in der Verwaltung kein Landschaftsplaner beschäftigt und somit kein Personal für den aufwendigen Planungsprozess vorhanden ist. Ebenso ist es schwierig Firmen zu finden, die bereit sind, Baumstandorte fachgerecht anzulegen.

Frau Beil hinterfragt, ob es einen Beschluss gibt, dass Bäume, die abgängig sind, zu ersetzen sind – nicht unbedingt an gleicher Stelle, aber irgendwo in der Stadt.

Frau Besecke entgegnet, dass ein solcher Beschluss nicht bekannt ist, die Zielrichtung allerdings in jedem Fall so aussieht. Sie betont weiterhin, dass klar ist, dass Bäume in versiegelten Bereichen benötigt werden – die Realisierung aufgrund der Kosten und Personalsituation sehr schwierig ist.

Auf Nachfrage von Herrn Röschenkemper, ob im Stellenplan eine Stelle für einen Landschaftsplaner geschaffen werden könne, weist Frau Besecke auf begrenzte Haushaltsmittel hin.

Danach möchte Herr Kösters wissen, ob lediglich Bäume im Innenstadtbereich betrachtet oder der Außenbereich ebenso mitgedacht werde. Hierauf entgegnet Frau Besecke, dass für beide Bereiche Konzepte erforderlich wären.

Im Anschluss hinterfragt Herr Röschenkemper, ob die in einem Bebauungsplan erfassten Bäume immer an dem konkreten Standort ersetzt werden müssen. Hierzu erklärt Frau Besecke, dass es sich hierbei um zu erhaltene Bäume handelt, die selten erfasst werden. Sollten diese aus Verkehrssicherungsgründen entfernt werden müssen, werden die Standorte neu bepflanzt.

Herr Flüchter hinterfragt, ob bei Planung von Neubaugebieten die Pflanzstandorte in der Satzung beschlossen werden und somit auch ein Nachpflanzanspruch bestehen würde.

Grundsätzlich betont Frau Besecke ist dieses in Neubaugebieten nie der Fall. Lediglich bei der Überplanung von Gebieten, in denen ein alter Baum vorhanden ist – ist dieses in ganz wenigen Bebauungsplänen der Fall.

Nach kurzer Diskussion im Ausschuss und der Feststellung, dass der Verwaltung das Förderprogramm umfassend bekannt ist und bei der Planung weiterer Projekte Berücksichtigung findet, wird auf Vorschlag von Frau Bosse dieser Tagesordnungspunkt ohne Beschlussfassung verlassen.

Festgehalten wird, dass möglichst zeitnah ein Termin mit Herrn Rose, Herrn Flüchter, weiteren Interessierten und der Verwaltung vereinbart wird, um potentielle Baumstandorte (u.a. Kentrup) zu besichtigen und Lösungsmöglichkeiten für mögliche Baumstandorte zu finden.

Festgehalten wird, dass möglichst zeitnah ein Termin mit Herrn Rose, Herrn Flüchter, weiteren Interessierten und der Verwaltung vereinbart wird, um potentielle Baumstandorte (u.a. Kentrup) zu besichtigen und Lösungsmöglichkeiten für eine mögliche Realisierung von Baumstandorte zu finden.

4. Antrag der FDP Fraktion vom 23.05.2025 hier: Prüfung der Errichtung einer Biomethananlage zur Wärme- und Stromerzeugung

Herr Schürmann nimmt Bezug auf den eingereichten Antrag, der im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung einen Beitrag leisten soll. Biomethan könnte insofern dazu beitragen, da Biomethan ein klimapositiver Prozess ist, der am Ende weniger CO₂ erzeugt bzw. sogar CO₂ aus der Atmosphäre nimmt. Darüber hinaus könnten mit Biomethan bestehende Erdgasheizungen weiterverwendet werden. Ein vorhandenes Gasnetz könnte hier weiter genutzt werden. Zudem stellt die ländliche Umgebung gute Voraussetzungen für eine solche Anlage dar. Genutzt werden könnten u.a. genutzte Gärreste, Gülle und Mist.

Seitens der CDU werden folgende Punkte kritisch gesehen:

- die Dimension der Gesamtanlage
- die benötigte Fläche für die Anlage
- Menge der benötigten organischen Biomasse
- enorm hohes LKW-Aufkommen
- Gestaltung „interkommunale Zusammenarbeit“ müsste konkretisiert werden
- Koppelung mit bestehenden Anlagen möglich?

Zudem möchte Herr Nowak wissen, ob seitens der FDP schon mal eine Rücksprache mit den Betreibern der Biogasanlage auf der Beerlage gehalten wurde.

Hierauf entgegnet Herr Schürmann, dass ein Gespräch nicht stattgefunden hat – ihm aber bekannt sei, dass auch hier die Biomethanerzeugung zukünftig angestrebt wird. Ziel soll sein, eine klimaneutrale Energieversorgung der Kommune dauerhaft zu sichern.

Der Vorsitzende Herr Flüchter bekundet, dass dieses Thema sehr interessant ist – fraglich ist allerdings, wie die Logistik gestaltet werden soll. Eine Mitbewertung im Rahmen der Wärmeplanung wird befürwortet.

Seitens der Verwaltung erläutert Frau Besecke, dass es im Rahmen der Wärmeplanung ein „Maßnahmen-Workshop“ geben wird. Zu diesem Workshop werden die örtlichen „Player“, die Fachkunde vor Ort haben und verschiedene andere Institutionen (Fraktionen, Biogasanlagenbetreiber, Planungsbüro, IHK, Handwerkskammer, etc.) beraten.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist Herr Röschenkemper darauf hin, dass eine Biomethananlage einen Baustein der Energieversorgung darstellt – eine komplette Energieversorgung einer Kommune wird eher als „utopisch“ bezeichnet.

Darauf betont Herr Schürmann, dass in anderen Kommunen bereits Pilotprojekte verfolgt werden und 40 T Haushalte durch eine entsprechend große Anlage durchaus versorgt werden können. Auf Nachfrage von Herrn Röschenkemper stellt Herr Schürmann die Quellen zur Verfügung.

Zusammenfassend stellt Frau Bosse fest, dass eine Berücksichtigung des Themas im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung als ein Faktor, der im Auge behalten werden sollte, erfolgen soll. Zurzeit fehlt die fachliche Expertise und dem Antrag würde genüge getan. Vorgeschlagen wird somit ein Verweis in die kommunale Wärmeplanung.

Folgender Beschlussvorschlag wird von Frau Bosse formuliert

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der vorgenannte Antrag zur Prüfung der möglichen Errichtung einer Biomethananlage zur Wärme- und Stromerzeugung wird im Zusammenhang mit der kommunalen Wärmeplanung weiter geprüft.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

5.1. Anfrage Hr. Schulze Thier v. 20.05.25 - Frau Besecke

Frau Besecke teilt mit Bezug auf die Anfrage von Herrn Schulze Thier hinsichtlich einer Beteiligung der Stadt Billerbeck (Projekt: Radweg entlang der K 13 – Aufhebung eines Bauverbots im Landschaftsschutzgebiet) mit, dass die Stadt hierzu nicht befragt wird.

Im Nachgang zur Beratung der öffentlichen Punkte bedankt sich der Ausschussvorsitzende Herr Flüchter für die gute Zusammenarbeit mit allen Fraktionen und der Verwaltung in diesem Ausschuss.

6. Anfragen

6.1. Spielplatz Sachsenstraße - Frau Bosse

Frau Bosse hinterfragt den Sachstand zum Spielplatz Sachsenstraße. Gibt es hierzu neue Informationen oder Regelungen?

Frau Besecke entgegnet, dass für dieses Thema der Fachbereich 10 – Zentrale Dienste und Ordnung – zuständig ist.

6.2. Geschwindigkeitsmesstafel Industriestraße - Frau Bosse

Frau Bosse möchte wissen, ob es bereits eine Auswertung zur Geschwindigkeitsmesstafel Industriestraße gibt.

Frau Besecke entgegnet, dass diese Anfrage an den Fachbereich 10 – Zentrale Dienste und Ordnung – weitergegeben wird.

Ralf Flüchter
Vorsitzender

Ute Höning
Schriftführerin